

JAHRES RÜCKBLICK

Arbeitsplätze
Soziales
Covid-19



SHOW



FEICHTINGER SCHMUCKHANDEL

www.feichtinger.biz

www.feichtinger-schmuckmanufaktur.at

Feichtinger Schmuckhandel zählt mit seinen 23 Geschäften (Feichtinger und Waiglein) zu den größten Schmuckhändlern Österreichs.

In der hauseigenen Goldschmiede „Feichtinger Schmuckmanufaktur“ werden nicht nur sämtliche Eheringe und Goldfabrikate hergestellt, sondern auch individuelle Kundenwünsche und Reparaturen durchgeführt.

23x in Österreich und online

bis zu **40 % RABATT** auf Schmuck

bis zu **20 % RABATT** auf Uhren



DREI.at

www.drei.at

Wir starten ins neue Jahr mit Top-Angeboten für unsere Neukunden.

Drei Spezialbonus XL

Für Fragen von Mitarbeitern zum Drei Spezialbonus XL steht unser Drei Service-Team unter 0660 30 30 30 gerne zur Verfügung.



URLAUBSBOX:

AUSGEZEICHNETE RESTAURANTS

www.urlaubsbox.com/erlebnigungutscheine/ausgezeichnete-restaurants/

Wieder einmal ganz vorzüglich speisen statt einfach nur lecker essen gehen.

Es erwartet Sie:
4-gängiges Candle-Light-Dinner für 2 Personen (inkl. Aperitif oder Digestif)

Attraktive und exklusive Restaurants in Deutschland, Österreich und angrenzenden Ländern.

15 % RABATT Nur geprüfte Restaurants
(3 Jahre gültig, Geld-zurück-Garantie)



exklusiv
für
Mitglieder

**APOTHEKEN
BOTE.at**

APOTHEKENBOTE.at

<https://www.apothekenbote.at/vorteilswelten>

Wir sind eine in Österreich zertifizierte, offizielle Versandapotheke, die rezeptfreie Arzneimittel, Medizinprodukte, Kosmetik und Nahrungsergänzungen aus der Apotheke im Online-Shop anbietet und versendet.

5 % RABATT
in unserem Online Shop



WELLNESS – JOLLYDAYS

<https://jollydays.at/erlebnisse/wellness>

Mit der „Nie teurer als vor Ort“-Garantie versprechen wir dir, dass du bei uns nicht mehr zahlst als beim Veranstalter direkt.

Wir haben über 6.000 Erlebnisse, die du selbst erleben oder verschenken kannst. Wir bieten dir eine 100 % Treffsicherheit beim Schenken. Jeder Gutschein kann vom Beschenkten in ein anderes Erlebnis umgetauscht werden!

10 % RABATT

DIE NR.1 IN ÖSTERREICH
DANKÜCHEN

DANKÜCHEN STUDIO NEUBAU

www.danneubau.at

Individuelle Beratung, Planung und Montageservice

Wir haben frische Ideen und Küchentrends für Ihre Traumküche! Eine individuelle Beratung und unsere Liebe zum Detail lassen Ihre Küche zu einem maßgeschneiderten Schmuckstück werden. Von Beginn an legen wir großen Wert auf ein stimmiges Design, das zu Ihrem Geschmack, Ihren Ansprüchen und Ihrem Budget passt.

bis zu **30 % RABATT** auf Einbaugeräte
bis zu **55 % RABATT** auf Küchen
bis zu **20 % RABATT** auf Natursteinplatten

Alle Vergünstigungen unter: preisvorteil.proge.at

Inhalt



KEIN JAHR WIE JEDES ANDERE

Was das Jahr 2020 aus gewerkschaftlicher Sicht prägte: die Bewältigung der Corona-Krise in den Betrieben und am Arbeitsmarkt, der Kampf für die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren, Konflikte um Stellenabbau und Werkschließungen sowie Kollektivvertragsverhandlungen unter geänderten Voraussetzungen.

Seiten 6 bis 13

Kommentar

Rainer Wimmer über Herausforderungen, die 2021 kommen werden Seite 5

Menschenrechte

Unternehmen sollen Verantwortung für ihre Lieferketten übernehmen ... Seite 14

Frauen und die Corona-Krise

In den systemrelevanten Berufen sind zu zwei Drittel Frauen tätig Seite 15

Betriebsreportage

Spitz stellt 1.200 verschiedene Produkte her Seiten 16 und 17

OGH-Urteil zur Leiharbeit

Gleichstellung im Beschäftigterbetrieb ab dem ersten Tag Seite 18

Betriebsratswahlen

Die PRO-GE Jugend sieht die Wahlaltersenkung zwiespältig Seite 19

Achtung Kamera

Die besten Fotos aus der Welt der PRO-GE Seite 22

Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

Aktuelle Zahl

210.000.000

Die Bewältigung der Corona-Krise kostet Milliarden. Trotz allem will sich die türkis-grüne Regierung nicht lumpen lassen, wenn es um Selbstinszenierung geht. Stolze 210 Millionen Euro wurden vor Kurzem lockergemacht, damit wir auch in Zukunft mit schönen Bildern der Ministerinnen und Minister, Inseraten und den dazugehörigen wohlgefälligen Zeitungsartikeln beglückt werden. Wenn man die Prioritäten anders setzt, könnte man um 210 Millionen Euro die abschlagsfreie Hacklerregelung über mehrere Jahre finanzieren, das Arbeitslosengeld erhöhen oder Laptops für bedürftige SchülerInnen bereitstellen. Aber was sind schon ein paar PensionistInnen, Arbeitslose oder Kinder gegen einen makellosen Medienauftritt, von dem auch noch befreundete PR-Agenturen profitieren können.

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Barbara Trautendorfer, Wolfgang Purer, Karin Prokop, Sabine Weinberger, Mathias Beer. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Julian Janits, Niki Menger, Eveline Pelzer. Fotos: PRO-GE, Lisa Lux, Adobe Stock, Sabine Genet und Engin Akyurt- Pixabay, Südwind, Schröder, Spitz, ÖGB. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 28. Februar 2021.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

KURZ NOTIERT

Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung



Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl wies anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung darauf hin, dass deren Lebenssituation äußerst prekär ist und in vielen Fällen

nicht den Vorgaben der Behindertenrechtskonvention entspricht. Die AK forderte daher unter anderem bessere Arbeitsmarktchancen und Chancengleichheit im Bildungssystem.

Österreichs Sozialquote bei 29,3 Prozent

Laut Statistik Austria beliefen sich die Sozialausgaben im Jahr 2019 auf 116,6 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor lagen diese bei 112,5 Milliarden Euro. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Sozialquote) lag 2019 damit bei 29,3 Prozent. Angesichts der Ausweitung der Leistungen in der Corona-Krise, etwa für Familien oder Arbeitslose, ist für 2020 mit einem weiteren Anstieg der Sozialquote zu rechnen.

EGB warnt vor Anstieg der Arbeitslosigkeit

Mit dem Auslaufen von Kurzarbeitsprogrammen sind mit Jahresende sechs Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union in Gefahr. Europa riskiert, das neue Jahr mit einer Explosion der Arbeitslosigkeit zu starten, wenn in sieben EU-Mitgliedstaaten Programme zur Rettung von Arbeitsplätzen in der COVID-Krise auslaufen, wie eine aktuelle Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) aufzeigt.

UNO: Pandemie verschärft Armut

Mit der Corona-Krise stieg die Zahl jener Menschen sprunghaft, die dringend Unterstützung benötigen, um Zugang zu Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen zu erhalten. Die Langzeitfolgen könnten in den nächsten Jahren



mehr als eine Milliarde in extremer Armut lebende Menschen treffen, so die Vereinten Nationen. Diese Entwicklung könne aber noch abgewendet werden, hieß es in einer vom UNO-Entwicklungsprogramm veröffentlichten Studie im Dezember 2020. Dafür müsse unter anderem in soziale Programme, Digitalisierung und den Kampf gegen den Klimawandel investiert werden.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender
der PRO-GE

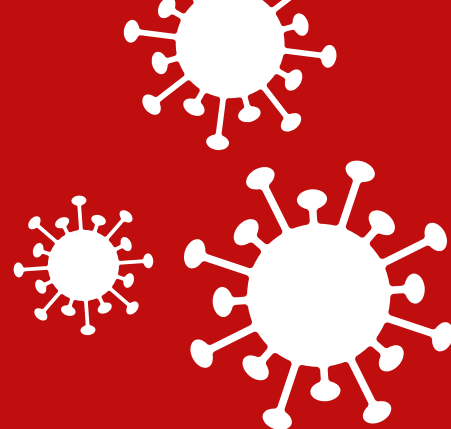
KAMPF FÜR GERECHTIGKEIT GEHT WEITER!

Das Jahr 2020 war sehr herausfordernd. Die Corona-Pandemie brachte eine Gesundheitskrise und negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Der weltweite Einbruch der Konjunktur war enorm – allein in Österreich rechnen WirtschaftsforscherInnen mit einem Minus von fast acht Prozent. Hinter dieser Zahl stehen menschliche Schicksale. Es ist uns zwar gelungen, mit der Kurzarbeit hunderttausende ArbeitnehmerInnen in Beschäftigung zu halten. Viele KollegInnen sind aber dennoch mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Gerade in Krisen zeigt sich, wie wichtig ein gut ausgebautes Sozialstaat ist. So hat sich die vorangegangene Kürzung des AMS-Budgets um 800 Millionen Euro als gefährlicher Bumerang herausgestellt. Es fehlen noch immer umfassende Arbeitsmarktprogramme, gleichzeitig verhindert die Regierung die längst fällige Anhebung des Arbeitslosengeldes. Betroffene verlieren mit dem Arbeitsplatz auch knapp die Hälfte ihres Einkommens und rutschen so unverschuldet in die Armut. Hier hilft auch die Almosenpolitik der Regierung nichts.

Anstatt wirkungsvoll zu helfen, wird die Krise benützt, um den ArbeitnehmerInnen zu schaden. Bestes Beispiel dafür ist die Wiedereinführung von Strafabschlägen bei der Hacklerregelung, der Schwerarbeits- und Invaliditätspension. Trotz unseres massiven Widerstandes und mittlerweile 116.000 UnterstützerInnen wird jenen Menschen, die 45 Jahre gearbeitet und Beiträge bezahlt haben, die künftige Pension um 300 Euro im Monat gekürzt. Das ist nur ein Vorgeschmack. Solche Angriffe werden 2021 noch intensiver werden. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Krisenkosten vor allem auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden. Bei den Pensionen und der Krankenkasse der ArbeitnehmerInnen drohen weitere Einschnitte. Darum ist für die PRO-GE klar: Der Kampf für Gerechtigkeit muss jetzt weitergeführt werden und wir werden ihn auch mit ganzer Kraft führen.

Ich danke allen für die große Solidarität und wünsche den Mitgliedern der PRO-GE ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2021!

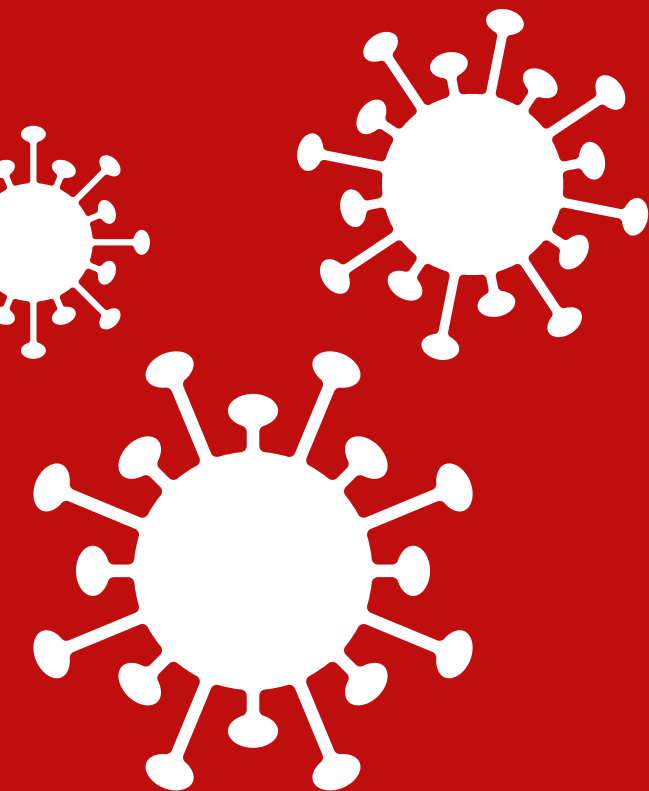
Glück auf!



Rückblick auf 2020

Das Jahr des Virus

2020 war kein Jahr wie jedes andere. Die Corona-Pandemie beeinträchtigte das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben so einschneidend, wie es sich zu Jahresbeginn wohl niemand hätte vorstellen können. Auch die Gewerkschaften mussten sich Herausforderungen in neuen Dimensionen stellen, deren Bewältigung uns auch 2021 noch beschäftigen wird.



Gesundheit schützen, Beschäftigung sichern

Arbeit in der Krise

Das Corona-Jahr 2020 hat zu massiven Umbrüchen in der Arbeitswelt geführt. Arbeitsabläufe mussten anders gestaltet werden, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Kurzarbeit und massiv steigende Arbeitslosigkeit prägten die vergangenen Monate. Darüber hinaus wurde offensichtlich, wie schlecht es in manchen Betrieben um die Einhaltung des Arbeitsrechts bestellt ist. Die Gewerkschaft PRO-GE hat rasch reagiert und so in vielen Fällen die negativen Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen abfedern können.

Sicherheit am Arbeitsplatz

Während viele Beschäftigte die Möglichkeit des Homeoffice nutzen konnten, um einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu entgehen, mussten die ArbeiterInnen in der Produktion weiterhin täglich am Arbeitsplatz erscheinen. Gerade zu Beginn der Corona-Krise stellte sich für viele BetriebsrätInnen und Beschäftigte die Frage, wie man in Werkshallen das Risiko einer Ansteckung minimieren könne. Die PRO-GE hat rasch gehandelt und einen Leitfaden für BetriebsrätInnen entwickelt, damit diese in Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung Verbesserungen vornehmen können. Vorschläge waren unter anderem die Neugestaltung der Schichtübergaben, Vorgaben für Teamarbeit und eine Staffelung der Pausen.

Kurzarbeit

Die Kurzarbeit war 2020 das wichtigste Instrument, um Arbeitsplätze in der Krise zu sichern. Im Frühjahr befanden sich kurzfristig mehr als 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Mittlerweile ist Österreich in Phase III eingetreten, diese läuft bis Ende März. Bei der Abwicklung der Kurzarbeit waren die Gewerkschaften zentral, denn jeder einzel-

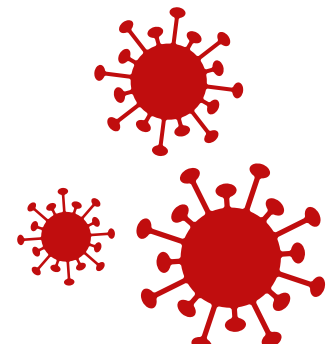
ne Antrag wurde gewissenhaft geprüft, um Fehler zu vermeiden, die zulasten der ArbeitnehmerInnen gehen. Die PRO-GE hat im letzten Jahr mehr als 30.000 Anträge bearbeitet und darüber hinaus unzählige Beratungsgespräche mit BetriebsrätInnen und Mitgliedern zum Thema Kurzarbeit geführt.

Arbeitslosigkeit

Mehr als 460.000 Menschen waren im Dezember arbeitslos. Seit dem Frühjahr mit 600.000 Arbeitslosen hat sich die Situation zwar leicht verbessert, dennoch ist nicht zu erwarten, dass die Auswirkungen der Corona-Krise rasch überwunden sind. Die PRO-GE hat sich das ganze Jahr über für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ausgesprochen. Menschen, die aufgrund der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen 70 Prozent Nettoersatzrate statt der bisherigen 55 Prozent erhalten. Vonseiten der Regierung wurde lediglich im September eine Einmalzahlung von 450 Euro ausgezahlt, Ende November wurde eine weitere beschlossen. Diese Art der Unterstützung ist nicht nachhaltig, da nicht abzusehen ist, wann eine Erholung am Arbeitsmarkt eintritt. Neben einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes braucht es auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. Für beides wird sich die PRO-GE auch 2021 starkmachen.

Schlechte Arbeitsbedingungen

Im Corona-Jahr 2020 wurde viel über systemrelevante Berufe gesprochen, die Heldinnen und Helden der Krise wurden beklatscht. Es hat sich aber auch deutlich gezeigt, dass gerade in Bereichen, die essenziell für unsere Versorgung sind, die Arbeitsbedingungen oftmals zu wünschen übrig lassen. Der PRO-GE ist es im Frühjahr gemeinsam mit „Sezonieri – Kampagne für die Rechte der Erntearbeiter_innen in Österreich“ gelungen, die Missstände in der Erntehilfe einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. ErntearbeiterInnen berichteten über verschimmelte Unterkünfte, nicht bezahlte Überstunden und die mangelnde Einhaltung von Corona-Hygienevorschriften. Einige dieser Fälle werden die PRO-GE noch länger begleiten, da Klagen gegen Landwirte anhängig sind und die Gewerkschaft die betroffenen ArbeitnehmerInnen vor Gericht unterstützt.



Petition mit 116.000 Unterschriften

Kampagne für faire Pensionen

Die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren ist gerecht und leistbar. Mit einer groß angelegten Kampagne ist die PRO-GE deshalb im vergangenen Jahr für die Beibehaltung der „Hacklerregelung neu“ eingetreten. Die Unterstützung war überwältigend, die Regierungsparteien haben aber 116.000 Unterschriften ignoriert.

Im September 2019 im Nationalrat auf Antrag der SPÖ gemeinsam mit ÖVP und FPÖ beschlossen, im November 2020 wieder mit den Stimmen von ÖVP und Grünen wieder abgeschafft: Die „Hacklerregelung neu“ fand ein jähes Ende. Ab 2022 müssen Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben und vor dem regulären Pensionsantrittsalter von 65 Jahren in den Ruhestand treten wollen, wieder Abschläge von bis zu 12,6 Prozent hinnehmen.

Dass vor allem der ÖVP – trotz ihrer Zustimmung – die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren ein Dorn im Auge ist, wurde bereits wenige Monate nach dem Nationalratsbeschluss deutlich. Am 7. Jänner, dem Tag der Angelobung der türkis-grünen Regierung, hatte Bundeskanzler Kurz angekündigt, das Gesetz „reparieren“ zu wollen. Sozialminister Anschöber verwies auf die Pensionssicherungskommission, die Ende März 2020 tagen sollte. Auf Basis des Ergebnisses dieser Sitzung wollte er eine Entscheidung treffen. Für die PRO-GE war klar, dass man keine Zeit verlieren durfte und rasch gegen die Abschaffung der Hacklerregelung auftreten musste. Mit



Am 20. November wurden vor dem Parlament die Unterschriften der Petition präsentiert.

10. März startete daher die Kampagne „45 Jahre sind genug!“. Ziel war es, mit einer Internetpetition die breite Unterstützung in der Bevölkerung zu zeigen, um entsprechenden Druck aufbauen zu können und zu verhindern, dass die Regierung das Thema ohne breite mediale Aufmerksamkeit im Parlament durchpeitschen kann. Durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen ersten Lockdown wurde die im März angekündigte Sitzung der Pensionssicherungskommission verschoben, das Thema „Hacklerregelung neu“ verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung. Dennoch ist es gelungen – vor allem getragen durch die sozialen Medien –, relativ rasch 30.000 Unterschriften zu sammeln.

Abschaffung unter Protest. Im Herbst nahm die Kampagne erneut Fahrt auf. Am 21. Oktober kündigte die ÖVP an, die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren möglichst rasch abschaffen und dafür die Budgetdebatte im November nützen zu wollen. Es ist anzunehmen, dass ÖVP und Grüne mit dieser Terminsetzung erhofften, die Proteste gegen den Pensionsraub hintanhalten zu können.

Durch das Infektionsgeschehen und den zweiten Lockdown war eine Massendemonstration nicht möglich. Die Strategie der Regierungsparteien ging nur bedingt auf. Die Menschen äußerten ihren Unmut im Internet, bis zum Zeitpunkt der Abstimmung im Parlament am 20. November stieg die Anzahl an Unterschriften auf mehr als 116.000. Mit einem riesigen Transparent vor der Hofburg, dem Ausweichquartier des Parlaments, machte die PRO-GE auf die große Anzahl an UnterstützerInnen aufmerksam. Auch in den Medien erhielt das Thema hohe Aufmerksamkeit und in den Foren und Leserbriefspalten der Zeitungen machten die Menschen ihrem Ärger Luft.

Noch nicht vorbei. Der PRO-GE Vorsitzende Rainer Wimmer richtete an die Regierung klare Worte. Trotz der Abschaffung der „Hacklerregelung neu“ sei „die Sache noch lange nicht gegessen“. Man werde weiterhin alle Kräfte bündeln, um auf die Ungerechtigkeit der Abschläge aufmerksam machen, und er kündigte an, bei der nächsten Gelegenheit, die sich politisch bietet, die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren wieder einzuführen.



MAN muss in Steyr bleiben: Protestkundgebung mit 5.000 TeilnehmerInnen am Steyrer Stadtplatz

Krisenbewältigung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen

Kampf um Arbeitsplätze

2020 war geprägt von Stellenabbau und Werkschließungen. Während viele Unternehmen versuchten, mit Kurzarbeit und ähnlichen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten, zeigten andere wenig Rücksicht und setzten auf Kündigungen. Und bei Weitem nicht alle der teils massiven Einschnitte sind auf die Corona-Krise allein zurückzuführen.

MAN Steyr: Kampf gegen Standortschließung

2019 wurde in Steyr noch das 100-jährige Jubiläum der Lastwagenproduktion gefeiert, 2020 droht der MAN-Konzern mit dem Ende. Der zu Volkswagen gehörende Lkw-Hersteller hatte im September angekündigt, 9.500 Stellen in Deutschland und Österreich zu streichen, Teile der Produktion zu verlagern und einzelne Standorte zu schließen, darunter auch das Werk in Oberösterreich mit 2.300 Beschäftigten. Allerdings gilt bis 2030 ein Beschäftigungs- und Standort-Si-

cherungsvertrag, der die MitarbeiterInnen vor Entlassungen schützt. Diesen hat der MAN-Vorstand mit Ende 2020 einseitig aufgekündigt.

Die Reaktionen fielen entsprechend heftig aus. In Steyr nahmen rund 5.000 Menschen an einer Protestkundgebung Mitte Oktober teil und forderten, dass MAN in Steyr bleiben muss. Anfang November eskalierte

der Streit weiter, der Konzernbetriebsrat unterbrach Verhandlungen mit dem Unternehmen zwischenzeitlich, weil dieses keinen Millimeter von seinen Kahl-schlag-Plänen abgerückt war.

„Wir verlangen ein neues Konzept, das gemeinsam ausgearbeitet wird und das keine Standortschließungen vorsieht“, erläutert Erich Schwarz, Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates in Steyr. Fest steht für Schwarz jedenfalls, dass der Standort-Sicherungsvertrag rechtlich standhält und wenn nötig vor Gericht einklagbar ist. „Das wurde mittlerweile auch von einem unabhängigen Experten bestätigt.“





Bis zum Schluss für den Standort gekämpft: die ATB-Beschäftigten bei einer Betriebsversammlung Ende Juli

ATB Spielberg: Liquidierung statt „Sanierung“

Beim Elektromotorenhersteller ATB in Spielberg verloren 360 von 400 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz, wie das Unternehmen im Juli bekannt gab. Die Wut und die Enttäuschung in der Steiermark sind groß, Ende August demonstrierten rund 1.000 Menschen vor den Werkstoren. Denn der chinesische Eigentümer Wolong hat ein sogenanntes Sanierungsverfahren in Eigenverwaltung beantragt, obwohl hier keineswegs eine echte Sanierung, sondern eine knallharte Schließung durchgeführt wird. Ein Übernahmeangebot eines deutschen Investors war damit ebenso vom Tisch wie die Möglichkeit eines Sozialplans. Die Maschinen wurden von der „insolventen“ ATB in Spielberg an andere Tochterunternehmen des Konzerns verkauft und an Standorte in Polen und Serbien transferiert.

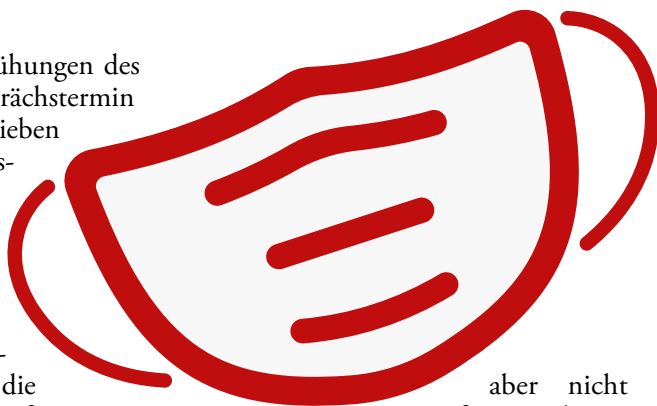
Der Ärger richtet sich aber nicht nur gegen den Eigentümer: Auch die Vertreter der Republik im Gläubigerausschuss haben für den „Sanierungsplan“ und gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen gestimmt. Einem Rekurs der Arbeiterkammer beim Oberlandesgericht gegen das Insolvenzverfahren wurde keine aufschiebende Wirkung zuerkannt, sodass Wolong mit dem Abtransport der Maschinen beginnen

konnte. Wochenlange Bemühungen des Betriebsrates um einen Gesprächstermin bei Bundeskanzler Kurz blieben erfolglos, so wie die Bundesregierung generell zum Fall ATB schweigsam blieb.

Einziger Trost: Beim Land Steiermark und dem AMS konnte Betriebsratsvorsitzender Michael Leitner die Einrichtung einer Arbeitsstiftung erreichen. Diese steht den gekündigten ArbeitnehmerInnen seit 1. Dezember zur Weiterqualifikation oder Umschulung zur Verfügung. Ein Initiativantrag zu Änderungen im Insolvenzrecht wurde von der SPÖ im Nationalrat eingebracht und mittlerweile im zuständigen Ausschuss behandelt. Ob er die nötige Zustimmung erhält und ob ein derartiger Missbrauch eines Insolvenzverfahrens damit künftig verhindert werden kann, bleibt abzuwarten.

Isovolta: Sozialplan nur für Angestellte?

Bei Isovolta in Wiener Neudorf werden 55 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Den Stellenabbau gab das Unternehmen Anfang November in einer Aussendung bekannt, nicht ohne zu erwähnen, dass ein Sozialplan ausverhandelt sei und dass 35 ArbeiterInnen ein Jobangebot von der Schwesterfirma FunderMax erhalten hätten. Nicht in der Aussendung stand allerdings, dass der Sozialplan nur für Angestellte gilt,



aber nicht für ArbeiterInnen. Und auch bei den Übernahmeangeboten teilte die Firma nicht die ganze Wahrheit mit, berichtete Isovolta-Arbeiterbetriebsrat Peter Vratny: „Die Angebote waren deutlich schlechter als die bisherigen Arbeitsverhältnisse. Deshalb wurde das Angebot auch nur von drei Beschäftigten angenommen.“

„Ein Unternehmen, das für Angestellte, aber nicht für seine ArbeiterInnen Sozialpläne vorsieht, habe ich überhaupt noch nie erlebt“, war auch der niederösterreichische Landessekretär der PRO-GE Patrick Slacik gleichermaßen erstaunt und verärgert. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Ausgabe der „Glück auf!“ befanden sich Betriebsrat und Gewerkschaft immer noch in Verhandlungen um einen fairen Sozialplan. „Gerade die Leute, die jetzt ihren Job verlieren, benötigen eine finanzielle Unterstützung, um die Phase der Arbeitslosigkeit besser zu überbrücken“, fordert Slacik.

Mayr-Melnhof: Sozialplan dank öffentlicher Betriebsversammlung

Das Werk Hirschwang des Kartonherstellers Mayr-Melnhof lieferte in den letzten Jahren beständig starke Ergebnisse, 2018 wurde der Standort sogar konzernweit als „Werk des Jahres“ ausgezeichnet. Trotzdem beschloss das Konzernmanagement, das niederösterreichische Werk noch 2020 zu schließen, 150 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Aus Protest hielt der Betriebsrat Mitte Oktober eine öffentliche Betriebsversammlung mit rund 250 TeilnehmerInnen vor der Wiener Konzernzentrale ab, in der zeitgleich eine Aufsichtsratssitzung stattfand.

Mit dieser öffentlichen Betriebsversammlung konnten Betriebsrat und Gewerkschaft immerhin genügend Druck aufbauen, um noch am Vortag in der fünften Verhandlungsrunde einen Sozialplan inklusive einer Arbeitsstiftung und einem Vorruhestandsmodell für die Beschäftigten zu erreichen. „Es war uns wichtig, dass alle Beschäftigten vom Sozialplan umfasst werden“, erklärte Betriebsrat Wolfgang Reiter bei der Betriebsversammlung. „Nur dem Zusammenhalt der Belegschaft ist es zu verdan-

ken, dass sich die Arbeitgeberseite in der letzten Runde endlich bewegt hat.“

Opel – Wien: Die letzten Motoren aus Aspern

Seit der Übernahme des traditionsreichen deutschen Automobilherstellers durch die französische Peugeot Société Anonyme (PSA) blieb auch im Opel-Werk Aspern kein Stein auf dem anderen. Nachdem im Herbst 2019 die Produktion des F17-Fünfganggetriebes eingestellt worden war, lief im Oktober 2020 der letzte Motor für General Motors vom Band. Damit hat PSA seine Ankündigung wahr gemacht, nachdem kein Nachfolgevertrag für die Motorenproduktion für General Motors an Land gezogen worden war. Übrig blieb in Wien-Aspern nur die Fertigung des MB6-Sechsganggetriebes.

Mit diesem Produktionsstopp ging im Wiener Opel-Motorenwerk nach fast 40 Jahren ein Stück österreichischer Automobilgeschichte zu Ende. Seit 1982 hatte man dort über 15 Millionen Motoren produziert. Von dieser Stilllegung waren bis Ende des Jahres rund 300 MitarbeiterInnen betroffen. Vor allem ältere MitarbeiterInnen hatte es getroffen, die es am Arbeitsmarkt ohnehin schwer haben, neue Arbeit zu finden. Seit 2017 sind damit insgesamt in Wien an die tausend gutbezahlte Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Mit der Coronavirus-Pandemie habe das Ende der Motorenproduktion im letzten Jahr



Im Vorjahr trugen die Opel-MitarbeiterInnen das letzte Fünfganggetriebe „zu Grabe“, 2020 wurde auch die Motorenproduktion eingestellt.

aber nichts zu tun, das bestätigt in diesem Fall sogar das Unternehmen.

Swarovski: Kahlschlag im Traditionsunternehmen

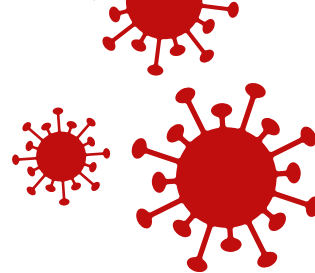
Am seit 1895 bestehenden Stammsitz des Tiroler Familienunternehmens wurden 2020 rund 1.000 Stellen abgebaut, rund 700 davon betrafen Arbeiterinnen und Arbeiter. Weitere 600 sollen 2021 folgen, dazu wurde bei rund 200 LeiharbeiterInnen die Überlassung beendet. „Das hat sich schon länger angekündigt, durch die Corona-Krise aber verschärft“, sagt Betriebsratsvorsitzender Ernst Daberto.

Die PRO-GE Tirol mahnt weiterhin die soziale Verantwortung des Unternehmens ein. „Oberstes Ziel muss der Erhalt der Arbeitsplätze sein, dazu braucht es unbedingt einen Stopp der Verlagerung ins Ausland“, fordert PRO-GE Landessekretär Robert Koschin. Für besondere Verärgerung sorgte auch die Tatsache, dass Swarovski zuvor die Corona-Kurzarbeit genutzt hatte. „Zuerst werden Steuergelder kassiert und dann so schnell wie möglich Leute auf die Straße gesetzt. Das widerspricht der Grundidee der Kurzarbeit – nämlich Arbeitsplätze zu sichern – komplett“, kritisiert Koschin.

„Für die betroffenen Beschäftigten können wir auf den seit 2013 gültigen Sozialplan zurückgreifen“, berichtet Arbeiterbetriebsrat Daberto. In Kombination mit der Abfertigung Alt wurden bis zu 26 Monatsentgelte ausbezahlt, Beschäftigte kurz vor dem Pensionsstichtag werden bis zu einem Jahr bei vollen Bezügen freigestellt. Zudem soll niemand, der fünf Jahre vor Regel- oder Korridorpen-sion steht, den Arbeitsplatz verlieren. Die im Sozialplan enthaltene Arbeitsstiftung wurde um 500 Plätze aufgestockt.



Mayr-Melnhof-Zentrale im Oktober: Drinnen tagt der Aufsichtsrat, draußen hält die Belegschaft eine Betriebsversammlung ab.



KV-Verhandlungen im Schatten der Pandemie

Stabilität in unsicheren Zeiten



Gruppenfoto unter Corona-Bedingungen: BetriebsrätInnenkonferenz der Chemischen Industrie im Frühjahr 2020

Außergewöhnliche Verhandlungen in Zeiten außergewöhnlicher Herausforderungen: Wie so vieles im Jahr 2020 liefen auch die Kollektivvertragsverhandlungen der PRO-GE ganz anders ab als gewohnt.

Dabei begann das Lohnrundenjahr 2020 durchaus erfolgreich. Im Jänner erreichte die PRO-GE für die Beschäftigten der Mineralölindustrie und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen jeweils Lohn erhöhungen von 2,6 Prozent. Bei einer Inflationsrate von 1,5 Prozent im Jahresdurchschnitt konnten also ordentliche Reallohnzuwächse erzielt werden. „Das Konjunkturtal ist durchschritten“, zitierte PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer zum Start der Frühjahrslohnrunde am 25. Februar eine Prognose der Nationalbank aus derselben Woche.

Verhandlungen mit „Babyelefant“. Kurz darauf nahm die Entwicklung bekanntlich eine gänzlich andere Richtung. Bis April blieben alle Verhandlungen ausgesetzt, um

danach unter in jeder Hinsicht geänderten Rahmenbedingungen wiederaufgenommen zu werden. Organisatorisch mussten die Verhandlungen den Pandemiebestimmungen angepasst werden: Verhandlungsrunden und BetriebsrätInnenkonferenzen mit Abstandhalten und Maskentragen, verkleinerte Verhandlungskomitees in großen Branchen, Verhandlungen per Videokonferenz in manch kleineren Branchen.

Geänderte Rahmenbedingungen. Noch dramatischer waren die wirtschaftlichen Auswirkungen. Viele Betriebe waren in Kurzarbeit oder hatten die Produktion vorübergehend ganz stillgelegt. Die Arbeitslosigkeit explodierte auf über 500.000 Arbeitssuchende. Hatte die PRO-GE zuvor mit einer großen Umfrage unter den Beschäftigten die Prioritäten zwischen mehr Geld und mehr Freizeit für die ein-

zelnen KV-Verhandlungen gewichten wollen, drängten sich jetzt andere Ziele in den Vordergrund: der Erhalt der Kaufkraft und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Steuerfreie Prämie. Der erste Abschluss der industriellen Frühjahrslohnrunde 2020 erfolgte dann am 19. Mai für die rund 50.000 Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie. Mit dem Krisenabschluss wurden KV- und Ist-Löhne rückwirkend mit 1. Mai um 1,6 Prozent erhöht. Zusätzlich wurde für den besonderen Einsatz und die besondere Arbeitsbelastung während der COVID-19-Pandemie eine steuerfreie Corona-Prämie in Höhe von mindestens 150 Euro vereinbart. Diese Werte bildeten dann auch die Eckpfeiler für die weiteren Verhandlungen im Frühjahr, wie etwa in der Textilindustrie und der Chemischen Industrie, in der Papier- und Pappenerzeugenden Industrie betrug die Corona-Prämie sogar 450 Euro.

Herbstlohnrunde: Abschluss mit Augenmaß. Ungewöhnlich verliefen auch die diesjährigen Verhandlungen der Metallindustrie: Schon in der ersten Ver-

handlungsrunde mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie, direkt nach der Übergabe des Forderungsprogramms wurde am 24. September eine Einigung erzielt. Im weiteren Verlauf des Tages schlossen sich die anderen Arbeitgeberverbände der Metallindustrie dem Abschluss an. Ist- und KV-Löhne stiegen mit 1. November um 1,45 Prozent und auch für die Beschäftigten der Metallindustrie war eine Corona-Prämie von 150

Euro vereinbart. Damit konnten Forderungen von Arbeitgeberseite nach einer Verschiebung der Lohnrunde oder nach einer reinen Einmalzahlung anstelle von Lohnerhöhungen abgewehrt werden.

Verlässlichkeit in der Krise. Ebenfalls 1,45 Prozent betrug die Lohnerhöhung für die ArbeiterInnen im Metallgewerbe (ab 1. Jänner). Anstelle einer Prämie wurde allerdings vor allem auf die niedrigen

Einkommen geschaut und der Lohn in der untersten Kategorie auf 2.000 Euro angehoben, was einem Plus von 3,03 Prozent entspricht. „Mit diesen Abschlüssen werden die Menschen in diesen schwierigen Zeiten nicht im Stich gelassen“, zieht PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer Bilanz. „Die Sozialpartner haben verantwortungsvoll gehandelt und auf Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit geachtet.“

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Juni:

Lederwaren- und Kofferindustrie: KV-KV-Löhne +1,45 Prozent mit 1.10.2020, neuer Mindestlohn 1.564,00 Euro; Empfehlung für 100 Euro einmalige Corona-Zulage; Lehrlingsentschädigungen +1,45 Prozent mit 1.10.2020; Zulagen, Zuschläge und Prämien +1,45 Prozent mit 1.10.2020; Aufrechterhaltung der vor dem 1.10.2020 bestehenden Überzahlung.

Ab 1. Oktober:

Brauindustrie: KV-Löhne +1,47 Prozent; Erhöhung der gewerblichen Lehrlingsentschädigungen laut Kollektivvertrag, kaufmännische Lehrlingsentschädigungen +1,47 Prozent; günstigere betriebliche Regelungen bleiben aufrecht.

Großbäcker: KV-Löhne +1,57 Prozent, neuer Mindestlohn 1.629,43 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,57 Prozent; Zulagen laut Lohnvertrag +1,57 Prozent.

Ab 1. November:

Gewerbliche Wärmeversorgungsunternehmen: KV-Löhne +1,45 Prozent, neuer Mindestlohn 2.078,86 Euro; Ist-Löhne +1,45 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +1,45 Prozent; Zulagen +1,45 Prozent; Überproportionale Erhöhung der 3. Schicht; 150 Euro Corona-Prämie.

Malzindustrie: KV-Löhne +1,47 Prozent, neuer Mindestlohn 1.971,79 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,47 Prozent; Zulagen +1,47 Prozent.

Molkereien und Käseereien: KV-Löhne +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.868,93 Euro; Empfehlung für 150 Euro einmalige Corona-Prämie; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent; Dienstalterszulagen +1,5 Prozent.

Ab 1. Dezember:

Suppenindustrie: KV-Löhne +1,47 Prozent, neuer Mindestlohn 1.748,55 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,47 Prozent; Dienstalterszulagen +1,47 Prozent; Weihnachtsremuneration ist mit den neuen Lohnsätzen zu berechnen; Überzahlungen bleiben aufrecht.

Ab 1. Jänner:

Bundesforste: KV-Löhne +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.757,34

Euro; 300 Euro Corona-Prämie; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent.

Chemisches Gewerbe: KV-Löhne +1,48 Prozent, neuer Mindestlohn 1.524,16 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,48 Prozent; Zulagen +1,48 Prozent; Festlegung der Kündigungsstermine.

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.722,77 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent; Dienstalterszulagen +1,5 Prozent, Zehrgelder +1,5 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht; Verlängerung Zusatz-KV Überstundenzuschläge 11./12. Std./Tag bzw. 50. bis 60. Std./Woche.

Forstarbeiter in der Privatwirtschaft: KV-Löhne +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.744,12 Euro; Lehrlingsentschädigungen +1,5 Prozent; motormanuelle Schlägerung +1,5 Prozent, Motorsägenanschaffungspauschale +1,47 Prozent.

Metallgewerbe: KV-Löhne +1,45 Prozent bis +3,03 Prozent, neuer Mindestlohn 2.000 Euro; Ist-Löhne +1,45 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +1,45 Prozent; Zulagen und Aufwandsentschädigungen +1,45 Prozent, Nachtarbeitszulage/Zulage für die dritte Schicht +6,22 Prozent; Freizeioption.

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie: KV-Löhne +1,49 Prozent im Durchschnitt, neuer Mindestlohn LK4 1.790,24 Euro; Empfehlung für eine Corona-Prämie; Erhöhung Dienstalterszulage nach dem 15., 20., 25. und 30. Dienstjahr, Erhöhung der Zehrgelder; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung; Gesprächsrunde 2021 zu den Themen Tragen von Gesichtsschutz und Umwandlung der DAZ in Freizeit.

Süßwarenindustrie: KV-Löhne +1,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.808,73 Euro; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung; Lehrlingsentschädigungen +1,8 Prozent; Dienstalterszulagen zwischen +1,9 bis +3,1 Prozent; Freizeioption: mehr als 3 Arbeitstage pro Jahr, Gesprächsrunde 2021 zu den Themen Tragen von Gesichtsschutz und Umwandlung der DAZ in Freizeit.

Lieferkettengesetz

Menschenrechte brauchen Gesetze!

Konzerne sollen entlang ihrer weltweiten Lieferketten zur Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet werden. Weil das freiwillig zu selten funktioniert, soll ein Lieferkettengesetz dafür sorgen. Zahlreiche Organisationen, so auch Gewerkschaften und Arbeiterkammer, setzen sich dafür ein – auf österreichischer wie auf europäischer Ebene.



Unternehmen haben kein Gewissen. Es gibt zwar Ausnahmen, aber in der Regel stehen sie unter hohem Wettbewerbs- und Preisdruck und versuchen alles, um möglichst kostengünstig zu produzieren. Gleichzeitig müssen sie für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland selten Verantwortung übernehmen. Ein Lieferkettengesetz wäre ein wichtiger Baustein dafür, dass faire Produktionsbedingungen endlich die Regel werden und nicht die Ausnahme bleiben.

Netzwerk soziale Verantwortung:
www.nesove.at



Fortschritt auch im Kampf gegen Kinderarbeit: Ein Lieferkettengesetz würde die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen im Globalen Süden enorm verbessern.

Positiv Arbeiten

Aufruf zu Respekt und Selbstverständlichkeit

#positivarbeiten

Wir machen mit!

Menschen mit HIV haben heute bei rechtzeitiger Diagnose und Behandlung eine annähernd durchschnittliche Lebenserwartung und können leben und arbeiten wie andere Menschen auch.

Schwerer als die gesundheitlichen Folgen der Infektion selbst wiegen heute für viele Menschen mit HIV Diskriminierung und die Angst davor. Im Arbeitsleben erfahren Menschen mit HIV immer wieder Benachteiligung. Eine Antidiskriminierungs-Erklärung von Arbeitgebern soll dem entgegenwirken. Mit dem Projekt #positivarbeiten soll ein diskriminierungsfreies Klima von Respekt und Selbstverständlichkeit geschaffen werden.

Mehr Infos unter: www.positiv-arbeiten.at

BUCHTIPP
DIE NEUE ARBEITERINNENKLASSE
Menschen in prekären Verhältnissen
Veronika Bohrn Mena

Die Arbeitswelt wird zunehmend durch Angst und Unsicherheit geprägt. Befristete Arbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung nehmen zu. Dieses Buch liefert nicht nur einen umfassenden Überblick über die Entwicklung von prekärer Beschäftigung. Das Werk macht auch deutlich, dass für Arbeitende kein Weg daran vorbeiführt, sich selbst als Kollektiv zu begreifen. Solidarisches Handeln stellt für lohnabhängige Menschen die einzige Möglichkeit zum Machtausgleich dar.

Erhältlich im ÖGB-Verlag:

Verlag: ÖGB-Verlag 2020, 206 Seiten, ISBN: 978-3-99046-451-9

Bestellmöglichkeit unter: www.besserewelt.at



Frauen in der Corona-Krise

Systemrelevant und unterbezahlt

Eines hat die Corona-Krise offenlegt: Es sind überwiegend Frauen in systemrelevanten Berufen, die das Land und die Wirtschaft am Laufen halten. Das zeigt auch eine Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich.

Eine Million Menschen arbeiten in Österreich in systemrelevanten Berufen. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Dabei zeigt sich, dass die Rahmenbedingungen alles andere als optimal sind, denn gerade in diesen Bereichen beklagen die Beschäftigten unregelmäßige Arbeitszeiten und schlechte Bezahlung.

Mehrfachbelastung in der Krise. Zusätzlich zu den prekären Arbeitsbedingungen sind Frauen in außergewöhnlichen Zeiten, wie gerade in der Corona-Krise, besonders belastet. Der massive Verlust von Arbeitsplätzen, Kurzarbeit, Mehrfachbelastungen aufgrund von Schließungen der öffentlichen Schul- und Betreuungseinrichtungen und Existenzsorgen prägen derzeit das Leben von Frauen und bringen die Arbeitnehmerinnen an den Rand des Machbaren.

Prekär und höheres Risiko. Homeoffice in systemrelevanten Frauenberufen ist schwierig bis unmöglich. Durch das direkte Zusammentreffen am Arbeitsplatz ist das Risiko höher, mit Infizierten in Kontakt zu kommen. Dementsprechend fühlen sich die Beschäftigten in den frauendominierten Berufsgruppen weniger vor dem Coronavirus geschützt. Sie müssen trotz Angst vor einer Ansteckung in die Arbeit, insbesondere in den Pflegeberufen, im Handel oder in den systemerhaltenden Produktionen. Oftmals ist besonders in weiblich dominierten Berufen atypische und prekäre Beschäftigung verbreitet und die Entlohnung im unteren Durchschnitt. Gleichzeitig sind die psychischen sowie physischen Belastungen überdurchschnittlich.

PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Klaudia Friebe betont, dass es gerade in Krisenzeiten wichtig ist, in der Gleichstellungspolitik nicht nachzulassen. Es muss

aus den Corona-Erfahrungen gelernt werden. In diesen verschärften Zeiten wurde offensichtlich, wie systemrelevant Frauen sind. „Es braucht für die überwiegende Zahl der Frauen, aber auch für die Männer in diesen Berufen, nicht nur eine Absicherung, sondern auch eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Die kurzfristige Anerkennung durch Applaus reicht nicht aus. Eine finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung dieser Berufsgruppen ist notwendig und vor allem wäre jetzt für den von den Gewerkschaften geforderten Corona-Tausender der richtige Zeitpunkt“, so Friebe.

Langfristig würde ohne die Frauen in den systemrelevanten Berufen die Gesellschaft nicht funktionieren, das Gesundheitssystem würde zusammenbrechen und die Versorgung kollabieren. Das gilt es bei einer nächsten Krise zu verhindern.

In vielen als „systemrelevant“ eingestuften Berufen arbeiten überwiegend Frauen:

- 88 % der Beschäftigten in der Kinderbildung sind Frauen
- 86 % an der Kasse bzw. Regalbetreuung
- 83 % der Reinigungskräfte
- 82 % im Bereich Pflege und medizinische Betreuung
- 80 % in der medizinischen Assistenz
- 78 % in der Alten-/Behindertenbetreuung
- 58 % des Lehrpersonals



Betriebsreportage Spitz

Traditionsbetrieb mit großer Vielfalt

Das Unternehmen Spitz in Attnang-Puchheim in Oberösterreich ist als Lebensmittelproduzent systemrelevant und besticht durch eine gewaltige Palette von über 1.200 verschiedenen Produkten. Eine Reportage aus dem oberösterreichischen Leitbetrieb mit 750 MitarbeiterInnen und 37 Lehrlingen.

„Heute ist es eher ruhig“, kommentiert der Portier unser offensichtliches Staunen, da er, während wir auf unsere Besucherausweise warten, ganz nebenbei fünf Lebensmitteltankwagen abfertigt. „An manchen Tagen checken ständig mehrere Lkw gleichzeitig aus und ein“, sagt er und händigt dem nächsten Fahrer seine Papiere aus. Spitz ist bei vielen für seinen Rum bekannt. Doch hier in Attnang-Puchheim befinden wir uns bei einem der größten österreichischen Produzenten von Nahrungsmitteln und Getränken. Tag für Tag verlassen mehr als 1,2 Millionen Produkte das oberösterreichische Werk – von Fruchtsäften über Spirituosen und Backwaren bis hin zu Konfitüren oder Mayonnaise reicht das enorme Produktangebot.

In Kurzarbeit waren bei Spitz als systemrelevantem Lebensmittelproduzent nur über eine kurze Zeit die AußendienstmitarbeiterInnen im Bereich Gastronomie. Insgesamt hat sich durch Corona für die MitarbeiterInnen nur wenig geändert. „Für uns waren die zusätzlichen Schutzmaßnahmen kein Problem, schließlich müssen wir als Lieferbetrieb an den Lebensmittelhandel immer schon sehr hohe Hygienestandards erfüllen“, erzählt Betriebsrat Roland Pascher, während wir in der Hygieneschleuse Schuhe und Hände desinfizieren, um eine Produktionshalle zu betreten. „Allerdings war der Umgang mit KollegInnen, die in eine Risikogruppe fielen, nicht leicht. Es gab keine Rechtssicherheit und damit auch keine konkreten Vorgaben“, ärgert sich Pascher.



Die Betriebsräte Roland Pascher (li.) und Franz Steizinger zeigen den Flaschenrohling und die fertige PET-Flasche, wie sie in der Abfüllanlage verwendet werden.



Die Produktion ist in drei Divisionen eingeteilt: Süß- und Backwaren (im Bild die Waffelproduktion), Getränke und der Süß-Sauer-Bereich.



Neben den 750 Beschäftigten aus 35 Nationen lernen auch 37 Lehrlinge im Betrieb Berufe wie Lebensmittel-, Elektro- und Maschinenbautechnik, Industriekaufrau/-mann etc.



Eine Brennerei gibt es seit 160 Jahren. Brennmeister Franz Strobl ist seit nunmehr 45 Jahren für die Qualität der Edelbrände und Schnäpse zuständig.



Das Toastbrot wird in einem Reinraum verpackt. Das ist notwendig, da keine Zusatzstoffe für die Haltbarkeit verwendet werden.



Ab den 1970er-Jahren wurde das Sortiment mit Marmeladen, Senf, Backwaren, Waffeln und auch Energydrinks immer größer. Auch Zukäufe wie Auer-Blaschke oder Gasteiner Mineralwasser und Honigmayr ließen das Unternehmen wachsen.



Vor 30 Jahren gab es nur Wurstsemmeln. Mittlerweile gibt es eine moderne Kantine und damit frisches und gesundes Essen für alle Beschäftigten.



Alexander Garpurdschanow überprüft die Qualität. Die Standards für Lebensmittel sind sehr hoch.

Allein 250 MitarbeiterInnen arbeiten in der Division Backwaren.

Erfolg vor dem Obersten Gerichtshof

LeiharbeiterInnen sind keine ArbeiterInnen zweiter Klasse

Bei der Betriebsratswahl am steirischen Standort der Firma Maco berücksichtigte der Wahlvorstand die LeiharbeiterInnen wie StammarbeiterInnen. Da sich die Anzahl von Betriebsratsmitgliedern nach der Anzahl der ArbeitnehmerInnen im Betrieb berechnet, wollte das Unternehmen die Wahl gerichtlich zu Fall bringen.

Das Unternehmen argumentierte: LeiharbeiterInnen, die in der Leiharbeitsfirma einen Betriebsrat haben und die weniger als sechs Monate im Betrieb beschäftigt sind, würden nicht zur Belegschaft zählen. Dadurch seien auch weniger Betriebsratsmitglieder zu wählen. Der Oberste Gerichtshof (OGH) gab dieser Ansicht schließlich nicht recht.

Größere Belegschaft, größerer Betriebsrat. Je mehr ArbeitnehmerInnen ein Betrieb hat, umso mehr Mitglieder braucht der Betriebsrat, um seine gesetzlichen Aufgaben der Förderung der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen aller ArbeitnehmerInnen im Betrieb auch wahrnehmen zu können. Laut Gesetz zählen als ArbeitnehmerInnen alle im Rahmen eines Betriebes beschäftigten Personen. Eine Unterscheidung nach Beschäftigungsdauer oder nach der vertraglichen Grundlage der Beschäftigung macht das Gesetz nicht. Die Betriebsinhaberin berief sich in ihrer Argumentation, LeiharbeiterInnen erst ab

sechs Monaten Beschäftigung zur Belegschaft zu zählen, allerdings auf eine ältere Entscheidung des OGH.

Sofortige Vertretung durch den Betriebsrat des Beschäftigerbetriebes.

Der Betriebsrat wandte sich daraufhin an die PRO-GE, ein Rechtsschutzexperte übernahm die gerichtliche Vertretung. Doch zunächst gab sowohl das Erstgericht als auch das Berufungsgericht der Betriebsinhaberin recht. Betriebsrat und PRO-GE gaben aber nicht auf. Schließlich stellte der Oberste Gerichtshof, das höchste Gericht für solche Rechtsfragen, in seiner Entscheidung zwei zentrale Dinge klar:

Erstens zählen auch überlassene Arbeitskräfte von Beginn ihrer Überlassung an zur Gruppe der ArbeitnehmerInnen dieses Betriebs und sind somit bei der Ermittlung der Anzahl der zu wählenden Betriebsrats-

mitglieder mitzuzählen. Schließlich sind auch Stammbeschäftigte unabhängig von der Dauer ihres Dienstverhältnisses von Beginn an „vollwertige“ ArbeitnehmerInnen und der Betriebsrat hat auch für LeiharbeiterInnen Kontroll- und Mitwirkungsrechte wahrzunehmen.

Zweitens gilt dies unabhängig davon, ob es auch in der Leiharbeitsfirma einen Betriebsrat gibt, da überlassene Arbeitskräfte während der Dauer einer Überlassung zwei Belegschaften angehören und eines erhöhten Schutzes bedürfen.

Besserer Schutz der LeiharbeiterInnen stärkt alle ArbeiterInnen.

Die Klarstellung des OGH ermöglicht eine wirksamere Belegschaftsvertretung für LeiharbeiterInnen im ohnehin schwierigen Dreiecksverhältnis Leiharbeitsfirma/LeiharbeiterIn/Beschäftigerbetrieb. Das schützt auch Stammbeschäftigte, weil ungleiche Arbeitsbedingungen innerhalb eines Betriebs auch den Druck auf sie erhöht. Außerdem betont das Urteil die Einheit der Belegschaft und wirkt einer Spaltung und damit Schwächung der ArbeiterInnen entgegen.

„Bauen wir auf diesen Erfolg auf und treten wir gemeinsam noch stärker für unsere Rechte ein!“

Andreas Schlitzer, Rechtsschutzexperte der PRO-GE, ist über die Klarstellung des OGH erfreut und hofft, dass sich das Urteil positiv auf den Zusammenhalt von Belegschaften auswirkt.



Demokratische Mitbestimmung

Senkung des Wahlalters nur halbherzig

Seit 1. Jänner gilt bei Betriebsratswahlen ein aktives Wahlalter von 16 Jahren statt den bisherigen 18 Jahren. Die PRO-GE Jugend sieht dennoch Verbesserungspotenzial.

„Wir begrüßen die Maßnahme grundsätzlich, wenn sie auch nur halbherzig ist“, so Josef „Tschosie“ Rehberger, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE. „Zum einen werden alle 15-jährigen Lehrlinge von der Wahl weiterhin ausgeschlossen sein. Zum anderen wäre die Stärkung des Jugendvertrauensrates als eigene Vertretung für Lehrlinge und Jugendliche sinnvoller gewesen, wollte man mit dem Beschluss die demokratische Mitbestimmung stärken“, ergänzt Stefan Laufenböck, Bundesjugendsekretär der PRO-GE. So wäre es wichtig, die bestmögliche Vertretung zu garantieren, indem die Bildungsfreistellung für JugendvertrauensrätInnen auf drei Wochen angehoben und auf Ersatz-JugendvertrauensrätInnen ausgeweitet wird.

Abschaffung des Jugendvertrauensrats vorerst vom Tisch. Die Abstimmung im Nationalrat im Dezember letzten Jahres wurde auch deshalb mit Argusaugen beobachtet, weil die ÖVP bis vor Kurzem noch gemeinsam mit der FPÖ den Jugendvertrauensrat (JVR) gänzlich abschaffen wollte. „Das wäre eine demokratiepolitische Katastrophe gewesen“, so Rehberger. „SchülerInnen haben eine Vertretung, Studierende haben eine Vertretung,



aber Lehrlinge sollen – geht es nach der ursprünglichen Idee der ÖVP – diese Möglichkeit nicht haben. Das ist absolut unverständlich“, ärgert sich Rehberger. Mitbestimmungsmöglichkeiten seien zentral für das Interesse von Jugendlichen an Politik, sind sich Rehberger und Laufenböck einig. Mit der Abschaffung des Jugendvertrauensrates hätten tausende Jugendliche im

Betrieb plötzlich ihre Mitbestimmungsrechte verloren, denn der Betriebsrat wird nur alle fünf Jahre gewählt – ein Jugendvertrauensrat hingegen alle zwei Jahre. So haben alle Lehrlinge zumindest einmal in ihrer Lehrzeit die Möglichkeit, ihre Vertretung zu wählen. Ein JVR ist zudem mit den speziellen Problemen und Anliegen von Lehrlingen und Jugendlichen im Betrieb vertraut.

„In Österreich engagieren sich rund 2.500 aktive oder Ersatz-JugendvertrauensrätInnen in über 530 Unternehmen in Österreich“, erklärt Laufenböck. Der JVR ist also eine demokratiepolitisch überaus relevante Größe, die es unbedingt zu verteidigen und auszubauen gilt.

„Mitbestimmungsmöglichkeiten sind zentral für das Interesse von Jugendlichen an Politik.“

**Josef Rehberger,
Bundesvorsitzender der PRO-GE**

Über den Jugendvertrauensrat

- Vermittelt zwischen Lehrlingen und Betriebsleitung, dadurch kommt es häufig zu maßgeschneiderten Lösungen für Lehrlinge
- Zu wählen, wenn mindestens fünf jugendliche ArbeitnehmerInnen (unter 18 Jahren bzw. Lehrlinge unter 21 Jahre) im Betrieb arbeiten
- Rechte und Pflichten im Wesentlichen die eines Betriebsrates
- Funktionsperiode beträgt zwei Jahre
- Die wichtigsten Aufgaben sind: die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der jugendlichen ArbeitnehmerInnen wahrzunehmen; darauf zu achten, dass die Vorschriften, die für das Arbeitsverhältnis gelten, eingehalten werden; die Teilnahme an Sitzungen des Betriebsrats; Vorschläge in Fragen der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung einzubringen
- Unterstützung von der PRO-GE Jugendabteilung: Weiterbildungsangebote für JVR, Ansprechpartner bei JVR-Wahlen und bei spezifischen Problemen im Betrieb

Entspannt Urlauben Sicherheit oberste Priorität

Die Zufriedenheit und die Gesundheit unserer Gäste liegen uns ganz besonders am Herzen. PRO-GE Mitglieder urlauben bei uns entspannt und zum Top-Preis. Qualität und Hygiene stehen in unseren Urlaubs- und Seminarhäusern der Gewerkschaft PRO-GE an oberster Stelle. Wir sorgen uns um deine Sicherheit und haben die notwendigen Schutzvorkehrungen getroffen. Gemeinsam bleiben wir gesund.

Sicher urlauben:

- Wir begrüßen dich recht herzlich bei uns – zurzeit aber ohne Händeschütteln
- Wir sehen unsere Gäste sehr gerne, empfehlen aber das Tragen eines Mund- und Nasenschutzes – so bleiben alle gesund
- Zusätzlich regelmäßige Reinigung stark frequentierter Bereiche
- Desinfektionsspender in allen Häusern - speziell vor dem Speisesaal
- Es gibt weiterhin in bewährter Weise Buffet, du wirst dabei von unseren MitarbeiterInnen umsorgt
- Super sauber durch hohe Hygienestandards und top geschulte MitarbeiterInnen
- Unser Team beantwortet gerne deine offenen Fragen vor Ort

Sichere Zahlung:

Deine Zahlung geht bei einem Lockdown nicht verloren und wird für den nächsten Urlaub gutgeschrieben oder auf dein Konto retourniert.

Planst du den bevorstehenden Winter- bzw. Sommerurlaub oder einfach die ersten Frühlingstage in einem unserer Häuser zu genießen? PRO-GE Mitglieder erhalten den günstigen PRO-GE Preis. Wir freuen uns schon jetzt auf deine Anfrage.



Dein Winter in Gastein! Hotel **Bad Hofgastein**

Erlebe unvergessliche Momente im Winterparadies Gasteinertal. Die Vielfalt ist es, die Gastein auszeichnet.

- Skifahren oder Snowboarden
- Langlaufen oder Schneeschuhwandern
- Wellness in der Alpentherme
- und vieles mehr...

Unser Angebot beinhaltet die Halbpension sowie den freien Eintritt in die Alpentherme Gastein.

Bis bald in Gastein!

Unsere Preise für PRO-GE Mitglieder pro Person und Nacht:

Erwachsene	€ 77,50
Jugendliche (15-17 J.)	€ 47,50
Kinder (6-14 J.)	€ 30,00
Kinder (4-5 J.)	€ 11,00

Preise exkl. Nächtigungsabgabe



Freie Termine Hotel Bad Hofgastein			
18. Jänner bis	30. Jänner	3. März bis	5. März
30. Jänner bis	13. Februar	7. März bis	11. März
20. Februar bis	26. Februar	14. März bis	25. März
Gerne auch tageweise buchbar!			

Anfragen Hotel Bad Hofgastein: Tel. 01/534 44-69707

„Happy Family“

für 2 Erwachsene & bis zu 4 Kinder

Ferienanlage **Velden** am Wörthersee

Termine Ferienanlage Velden am Wörthersee			
1. Mai	bis	5. Mai	
16. Mai	bis	20. Mai	
5. Mai	bis	9. Mai	
25. Mai	bis	29. Mai	
9. Mai	bis	13. Mai	

	im Parkappartement mit Gartenblick	
	4 - 5 Personen (Kat. P5)	5 - 6 Personen (Kat. P6)
PRO-GE Mitgliedschaft	€ 247,50	€ 294,00
ÖGB Mitgliedschaft	€ 268,50	€ 315,00
	im Terrassenappartement mit Seeblick	
	4 Personen (Kat. T4)	6 Personen (Kat. T6)
PRO-GE Mitgliedschaft	€ 279,00	€ 346,50
ÖGB Mitgliedschaft	€ 306,00	€ 376,50

Preise pro Appartement inkl. aller Abgaben, exkl. Ortstaxe.

Dieses Angebot ist termingebunden und kann nur zu den angegebenen Terminen von Gewerkschaftsmitgliedern mit Kindern zum Aktionspreis gebucht werden!



Familienhit

- 3 Nächte im Doppelzimmer oder für Familien im Appartement
- Kinder bis 14,9 Jahre gratis im Zimmer der Eltern
- inklusive reichhaltigem Frühstücksbuffet
- hauseigener Badestrand
- Sauna mit Freibereich und Infrarotkabine
- Fitnessraum und Tischtennis

Termine Erholungs- und Bildungszentrum Krumpendorf am Wörthersee			
13. Mai	bis	16. Mai	
3. Juni	bis	6. Juni	
21. Mai	bis	24. Mai	

	Aktionspreis 3 Nächte pro Erwachsenen exklusive Ortstaxe:		
		im Appartement	
	im Doppelzimmer oder Einbettzimmer	2-4 Personen	4-6 Personen
PRO-GE Mitgliedschaft	€ 127,00	€ 152,00	€ 182,00
ÖGB Mitgliedschaft	€ 137,00	€ 167,00	€ 197,00

Dieses Angebot ist termingebunden und kann nur zu den angegebenen Terminen zum Aktionspreis gebucht werden!

Erholungs- und Bildungszentrum **Krumpendorf** am Wörthersee



Anfragen Erholungs- und Bildungszentrum Krumpendorf und Ferienanlage Velden: Tel. 01/534 44-69705

Reservierung & Information: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, E-Mail: urlaub@proge.at

Mehr Infos, Impressionen sowie Preise unter www.proge-urlaub.at.

Achtung Kamera



Gerhard Hutter, BRV der voestalpine Gießerei Traisen und langjähriger Obmann der NÖGKK, erhielt für seinen Einsatz für die ArbeitnehmerInnen den goldenen Ehrenring der Arbeiterkammer Niederösterreich.



Ein neuer Rekord in der über 130-jährigen Firmengeschichte gelang bei der ArbeiterInnen-Betriebsratswahl der Klinger Fluid Control in Niederösterreich. Alle Stimmen entfielen auf das FSG Team Lechmann. Die PRO-GE gratuliert herzlich!



Auch die Jugendarbeit steht in Corona-Zeiten nicht still. Ende Oktober haben sich Jugendvertrauensrätinnen in Wien getroffen, um über ihre Anliegen zu beraten.



Erfolgreiche Betriebsräte in Salzburg: Bernhard Steinberger (linkes Bild, links) von der AustroGel und Andreas Viehhauser (unteres Bild, links) von der SAG Lend wurden als Betriebsratsvorsitzende mit großer Mehrheit bestätigt.



Gewerkschaften leisten seit jeher einen essenziellen Beitrag für gute Arbeits- und Lebensbedingungen. Aus diesem Grund war die PRO-GE auch 2020 auf der WearFair+ mehr mit ExpertInnen vertreten.

Bei Spitz gibt es bereits seit 1980 einen Jugendvertrauensrat, der sich um die Anliegen der jungen Beschäftigten kümmert: Simon Scheipl, Daniel Sturm, Daniel Weidinger, BR Franz Steizinger, Anna Lederer, Daniela Störinger, JVR-Vorsitzende Michele Weigl und BR Roland Pascher (von links nach rechts).





Preisrätsel

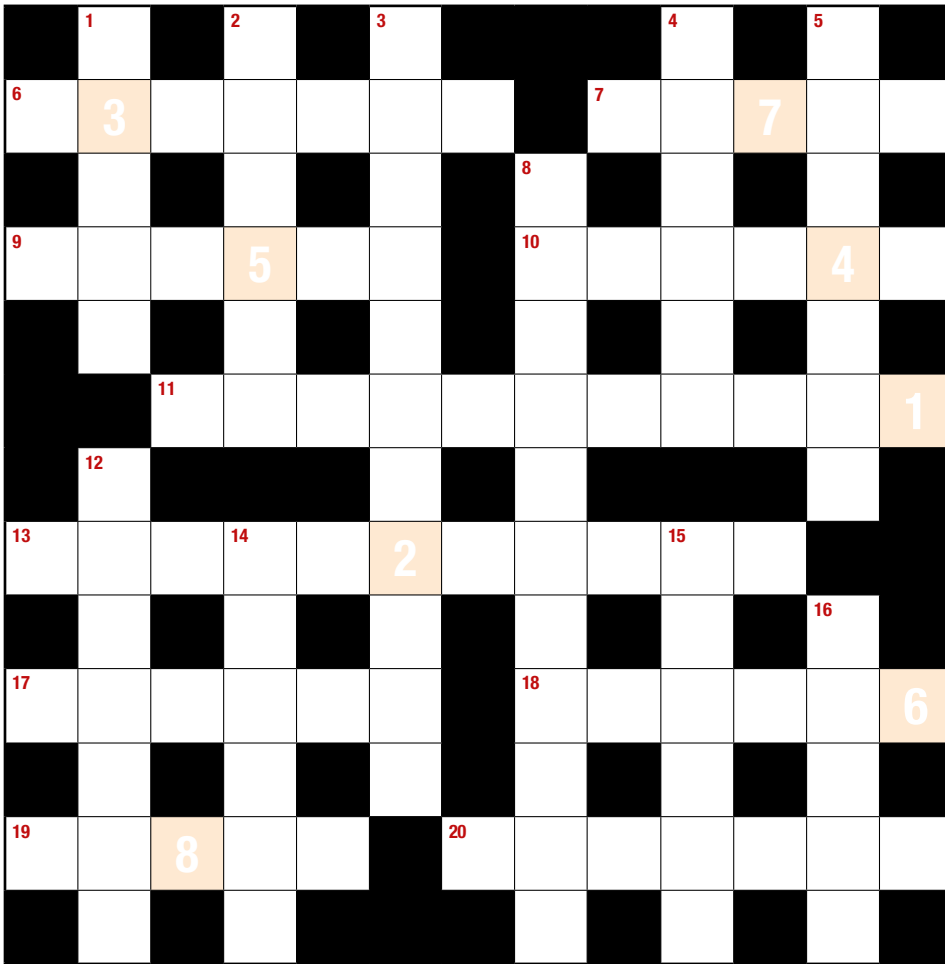


Zu gewinnen gibt es

2 x 1 Schach-Backgammon-Dame Set aus Holz

Hochwertige Figuren und Kasette, Linde und Nuss
in den Maßen 405 x 205 x 50 mm

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein sperriges Lösungswort.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 28. Februar 2021 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Ein müdes Feeling, passt ganz gut/zum weichen, alten Malerhut
- 7 West-östliche Lümmel-Alternative für Couch Potatoes
- 9 Wer *derlei* umstellt, kommt zum Ausdruck des Bedauerns
- 10 Was schmiedet heimlich und gewandt der listenreiche Intrigant? (Mz.)
- 11 Die Munition braucht, wer Ungeziefer in die Wolle gekriegt hat (Ez.)
- 13 Unge-höriges Handy-Accessoire: Ein Paar von diesen reinzustecken, heißt, akustisch auszuchecken
- 17 Das ist auf Englisch zum Schaffen(!)
- 18 Davon kriegt mehr ab, wer systemrelevant arbeitet (siehe S. 15)
- 19 Das Wort zum Wirtschaftswachstum 2020 (siehe S. 5) ...
- 20 ... doch hier geht's wieder nach oben – jedenfalls bei der Bergtour

Senkrecht:

- 1 Keine *Lockerungen* kommen ohne den braunen Farbton aus
- 2 Einst italienische Geheimorganisation lässt teils Schwertblumen sprießen
- 3 Quasi Flaschen-Geistiges aus der Produktion von S. 16 (Mz.)
- 4 In feinem Französisch ist das die (höchste) Ebene
- 5 Langzeit-Arbeitskraft mit jetzt gekürzter Pension (siehe S. 8)
- 8 Glasklare Bezeichnung für ein großes Plakat (entrollt auf S. 9)
- 12 Was Fachleute zum Aufwind sagen, greift Gleitern unter die Flügel
- 14 Bildhauers Personen-Porträt steht vor dir in full 3D
- 15 Der Begriff ist vertretungsweise für die Spieler auf der Bank reserviert
- 16 Untersuchungskommissionelle Klage: Es finden manche nackten Fakten/sich nicht in den geschwärzten –

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: CARSHARING**

Die Gewinner aus der Ausgabe 3/2020 GLÜCK AUF!

Hermann Pirzl, Martin Weinlich, Alois Gärtner



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort
Besten Dank

Die Top-Infoseite für ArbeitnehmerInnen: jobundcorona.at

GERECHTIGKEIT IN DER CORONA-KRISE!

ÖGB



www.jobundcorona.at ist ein Service-Angebot von Arbeiterkammer und ÖGB, das schon während des ersten Lockdowns millionenfach geklickt wurde. Hier finden die Beschäftigten Informationen rund um das Thema.

Sollten Sie auf Ihre Frage keine Antwort finden, gibt es auf der Seite www.jobundcorona.at auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen.